

# Vollzugverordnung zum Siedlungsentwässerungsreglement der Gemeinde Hochdorf

vom 17. November 2019

mit Änderungen vom 23.11.2023





Der Gemeinderat erlässt, gestützt auf Art. 3 Abs. 2 des aktuellen Siedlungsentwässerungsreglements (SER) folgende Vollzugsverordnung (VOSER):

#### Art. 1 Zweck

Mit dieser Verordnung regelt der Gemeinderat den Vollzug des Reglements gemäss Art. 3 Abs. 2 SER.

#### Art. 2 Grundsätze

Die Tarife verstehen sich exklusive Mehrwertsteuer.

# Art. 3 Anschlussgebühr

Die Anschlussgebühr wird im Sinne von Art. 41 und 42 des SER erhoben.

Die Anschlussgebühr beträgt **CHF 7.70** pro gewichteten Quadratmeter Grundstücksfläche bzw. gebührenpflichtige Fläche.

# Art. 4 Betriebsgebühr

- 1 Die Berechnung der Betriebsgebühr richtet sich nach Art. 43 und 44 SER und setzt sich wie folgt zusammen:
  - Grundgebühr: Diese beträgt **CHF 0.15** pro gewichteten Quadratmeter Grundstücksfläche bzw. gebührenpflichtige Fläche.
  - Mengengebühr: Diese beträgt **CHF 2.45** pro Kubikmeter Frischwasser / Brauchwasser.
- 2 Die Mengengebühr wird aufgrund der von der Wasserversorgung oder über die private Eigenversorgung bezogenen Frischwassermenge erhoben. Sind keine oder ungenaue Angaben über den Wasserverbrauch vorhanden, werden 58 m³ pro Person und Jahr in Rechnung gestellt (Einwohnerkontrolle mit Stichtag 1. Januar des Rechnungsjahres).

#### Art. 5 Zusatzmessung

Gestützt auf Art. 43 Abs. 6 SER wird für jeden zusätzlichen Zähler zur Messung der nicht abwasserrelevanten Frischwassermenge eine Gebühr von Pauschal **CHF 25.00** pro Halbjahr erhoben.

# Art. 6 Geschossigkeit

- Die Geschossigkeit dient als Hauptkriterium für die Tarifzonen-Grundeinteilung gemäss Art. 39 SER. Zur Ermittlung der Geschossigkeit werden alle Geschosse mit möglicher Gewerbenutzung oder Wohnnutzung (Raumflächen sind gedämmt, beheizbar und als Wohnraum nutzbar) mit berücksichtigt.
- 2 Ist die Summe der Flächen mit Gewerbe- bzw. Wohnnutzung im Dachgeschoss (DG) oder Untergeschoss (UG) mehr als 50% der Gebäudegrundfläche, wird ein zusätzliches Geschoss angerechnet (z.B. 4-geschossig statt 3-geschossig). Ist die Summe der Flächen mehr als 150% der Gebäudegrundfläche, werden zwei zusätzliche Geschosse angerechnet (z.B. 5-geschossig statt 3-geschossig).

- 3 Gemäss Art. 39 SER gilt bei 2- oder 3-geschossigen Gebäuden, dass bei teilweiser Nutzung auf einem weiteren Geschoss die Grundeinteilung erhöht wird (z.B. TZ 4 statt TZ 3 oder TZ 6 statt TZ 5). Es werden dabei folgende Fälle unterschieden:
  - a) Bewohnbare oder gewerblich nutzbare Flächen im UG oder DG mit einer Gesamtfläche kleiner als 20 m² gelten nicht als teilweise Nutzung auf einem weiteren Geschoss.
  - b) Bewohnbare oder gewerblich nutzbare Flächen im UG oder DG mit einer Gesamtfläche grösser als 20 m² und kleiner als 50% der Gebäudegrundfläche gelten als teilweise Nutzung auf einem weiteren Geschoss.
- 4 Bei mehreren Gebäuden auf dem Grundstück ist für die Grundeinteilung das Gebäude mit der höchsten Geschosszahl relevant.

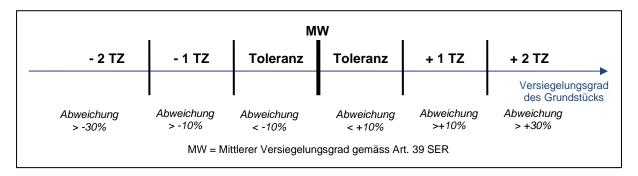
# Art. 7 Korrektur der Tarifzonen-Grundeinteilung

- 1 Gestützt auf Art. 38 Abs. 5 SER werden in nachfolgenden Fällen Korrekturen von der Grundeinteilung vorgenommen.
- 2 Versiegelungsgrad: Der Versiegelungsgrad ist der prozentuelle Anteil derjenigen Flächen an der Grundstücksfläche bzw. gebührenpflichtigen Fläche, von denen das anfallende Regenwasser weder versickert, noch zurückgehalten und auch nicht über eine private Leitung (Fall c) unten) in ein Gewässer eingeleitet wird. Das ist in der Regel bei Gebäudeflächen, Vorplätzen, Schwimmbädern usw. der Fall.

Diejenigen Flächen, welche an Eigenleistungen, die den nachfolgenden Spezifikationen entsprechen, angeschlossen sind, werden als nicht versiegelt betrachtet.

Es wird eine Korrektur der Tarifzonen-Grundeinteilung vorgenommen, wenn der Versiegelungsgrad um mehr als +/- 10 % (absolut von 100%) vom mittleren Versieglungsgrad der einzelnen Tarifzone gemäss Siedlungsentwässerungs-Reglement Art. 39 abweicht (MW = mittlerer Versiegelungsgrad).

Abweichung ist kleiner +/- 10 % = keine Korrektur Abweichung ist zwischen +/- 10 % und +/- 30 % = +/- 1 Tarifzone Abweichung ist grösser +/- 30 % = +/- 2 Tarifzonen



**Spezifikation Eigenleistungen:** Erbrachte Eigenleistungen (Retention, Versickerung oder eigene Leitung bis zum Vorfluter usw.) können zu einer Reduktion der Tarifzonen-Grundeinteilung führen, falls der Gemeinde für deren Aufbau oder Unterhalt keine Kosten entstanden sind bzw. entstehen werden.

Als Eigenleistung gelten bewilligte, entsprechend ausgeführte und in einem funktionstüchtigen Zustand gehaltene private Anlagen mit der Fähigkeit:

- a) mindestens 30 Liter pro m² der versiegelten Flächen zu speichern (z.B. Versickerungs-, Brauchwasser-, Retentionsanlagen, Dachbegrünungen) und gedrosselt abzuleiten (Retentionswirkung).
- b) 100 Liter / (ha x sec) versickern zu können (z.B. Versickerungsanlagen, Sickersteine, Ökobeläge, Rasengitter);

c) das auf dem Grundstück anfallende Regenwasser direkt in einen Vorfluter mit genügend Kapazität zu leiten. Dies sofern der Gemeinde in Bezug auf die Kapazität des Vorfluters oder anderen baulichen Massnahmen keine Kosten entstanden sind bzw. entstehen werden. Mit der direkten Einleitung des Regenwassers über eine private Leitung, kann eine Reduktion um maximal eine Tarifzone erwirkt werden.

Bei Brauchwasseranlagen ist die Menge des wiederverwendeten Regenwassers, welche in die Abwasseranlage gelangt, wie namentlich bei WC-Spülungen, Waschmaschinen, Autowaschen und Wärmepumpen, mit einer geeigneten Messanlage zu messen oder sie wird mittels pauschalem Wert von 11 m³ pro Person und Jahr bewertet. Diese Menge ist mengengebührenpflichtig.

3 **Bewohnbarkeit:** Die Bewohnbarkeit ist die Summe der Wohnungen und Gewerbebetriebe auf einem Grundstück. Das Kriterium Bewohnbarkeit führt bei einer über- bzw. unterdurchschnittlichen Anzahl Wohnungen oder Gewerbe zu einer Tarifzonenkorrektur.

Bei Gewerbebetrieben wird aufgrund der Zählergrösse die Anzahl Wohnungsäquivalente ermittelt.

Zählergrösse in Zoll	Zählergrösse in DN	Wohnungsäquivalent
3/4 "	20 mm	1
1 "	25 mm	3
1 1/4 "	32 mm	5
1 ½ "	40 mm	8
2 "	50 mm	12

Tarifzonen- Grundeinteilung	Anzahl Wohnungen im Durchschnitt	Situation auf dem Grundstück	Korrektur der Tarifzo- nen-Grund- einteilung (TZ +/-)
1			
2	1 Wohnung (Wohnungsäquivalent)	2 - 3 Wohnungen 4 und mehr Wohnungen	+1 TZ +2 TZ
3	1 Wohnung	2 - 3 Wohnungen 4 und mehr Wohnungen	+1 TZ +2 TZ
4	1 Wohnung	2 - 3 Wohnungen 4 und mehr Wohnungen	+1 TZ +2 TZ
5	2 - 4 Wohnungen	1 Wohnung 5 - 6 Wohnungen 7 und mehr Wohnungen	-1 TZ +1 TZ +2 TZ -2 T Z -1 TZ +1 TZ +2 TZ -2 TZ -1 TZ +1 TZ +2 TZ -2 TZ -1 TZ +1 TZ +1 TZ +1 TZ +2 TZ -1 TZ +1 TZ +2 TZ
6	3 - 6 Wohnungen	1 Wohnung 2 Wohnungen 7 - 8 Wohnungen 9 und mehr Wohnungen 1 - 2 Wohnungen 8 - 10 Wohnungen 11 und mehr Wohnungen 1 - 2 Wohnungen 1 - 2 Wohnungen 1 - 2 Wohnungen 1 - 1 - 2 Wohnungen 3 - 5 Wohnungen 10 - 12 Wohnungen 13 und mehr Wohnungen	
7	4 - 7 Wohnungen		
8	6 - 9 Wohnungen		
9	11 -13 Wohnungen	bis 5 Wohnungen 6 - 10 Wohnungen 14 - 16 Wohnungen 17 und mehr Wohnungen	-2 TZ -1 TZ +1 TZ +2 TZ
ausgenommen Strassen, Wege, Plätze		bis 10 Wohnungen 11 - 14 Wohnungen 18 - 20 Wohnungen 21 und. mehr Wohnungen	-2 TZ -1 TZ +1 TZ +2 TZ
11	19 - 22 Wohnungen	bis 14 Wohnungen 15 - 18 Wohnungen 23 - 25 Wohnungen 26 und mehr Wohnungen	-2 TZ -1 TZ +1 TZ +2 TZ

Tarifzonen- Grundeinteilung	Anzahl Wohnungen im Durchschnitt	Situation auf dem Grundstück	Korrektur der Tarifzo- nen-Grund- einteilung (TZ +/-)
12	24 - 27 Wohnungen	bis 18 Wohnungen 19 - 23 Wohnungen 28 - 30 Wohnungen 31 und mehr Wohnungen	-2 TZ -1 TZ +1 TZ +2 TZ
13	30 - 33 Wohnungen	bis 23 Wohnungen 24 - 29 Wohnungen 34 - 36 Wohnungen 37 und mehr Wohnungen	-2 TZ -1 TZ +1 TZ +2 TZ
14	36 - 43 Wohnungen	bis 29 Wohnungen 30 - 35 Wohnungen 44 - 48 Wohnungen 49 und mehr Wohnungen	-2 TZ -1 TZ +1 TZ +2 TZ
15	47 - 55 Wohnungen	bis 35 Wohnungen 36 - 46 Wohnungen 56 - 60 Wohnungen 61 und mehr Wohnungen	-2 TZ -1 TZ +1 TZ +2 TZ
16	56 - 66 Wohnungen	bis 46 Wohnungen 47 - 55 Wohnungen 67 - 61 Wohnungen 72 und mehr Wohnungen	
17	65 - 76 Wohnungen	bis 55 Wohnungen 56 - 64 Wohnungen 77 - 81 Wohnungen 82 und mehr Wohnungen	

Auch leer stehende Wohnungen und Kleinwohnungen (z.B. Studios) beziehen die Leistungsbereitschaft und werden folglich mitberücksichtigt.

- 4 Verschmutzungsgrad: Der Verschmutzungsgrad des Abwassers führt zu einer Tarifzonenkorrektur, falls der biologische Verschmutzungsgrad über dem des häuslichen Abwassers liegt. Die Gemeinde kann jederzeit Messungen vornehmen.
  - Wo ein Betrieb im Kostenverteiler des ARA-Verbunds aufgeführt ist, wird in der Regel keine Korrektur der Tarifzonengrundeinteilung vorgenommen. Stattdessen wird die Betriebsgebühr gemäss Art. 16 dieser Verordnung ermittelt.
- 5 Nutzung: Die Tarifzonen-Grundeinteilung wird bei nachfolgenden, nicht abschliessend aufgelisteten, besonderen Verhältnissen verursachergerecht über einen Nutzungszuschlag oder -abzug korrigiert:

Besonderheit	Beschreibung	TZ-Korrektur
	Grundstücksfläche kleiner 300 m² bei drei- und mehrgeschossigen Grundstücken	+ 1 TZ
Unverhältnismässiges Flächen – Leistungsver- hältnis	Grundstücksfläche kleiner 100 m² pro Wohneinheit.	+1 TZ
	Grundstücksfläche kleiner 75 m² pro Wohneinheit.	+ 2 TZ
Geringer Mengenbezug, Saisonale Nutzung	Grundstücke mit Ferienhäusern, Ferienwohnungen bzw. geringem Mengenbezug. Zuschlag nur für Betriebsgebühren	+ 2 TZ
Eingeschossiges Ge- werbe	Gewerbegrundstücke (exkl. Landwirtschaft) mit maximal eingeschossigen Gebäuden bzw. die Gebäudegrundfläche des zweiten Geschosses ist kleiner als 50 % des darunterliegenden Geschosses.	- 1 TZ

Besonderheit Beschreibung		TZ-Korrektur
Restaurants, Cafés, Altersheim, Kantinen, bewirtete Clubhäuser usw. Nicht Hotellerie / Motels (Bei Übernachtungsgastronomie wird die Anzahl Betten in Bewohnbarkeit umgerechnet)		+1 TZ
Gewerbliche Grossver- braucher	Waschereien Autowaschanlagen iisw	
Badeanstalten, Sportan- lagen, Schulanlagen	Hallenbäder, Freibäder, Sportcenter usw. allerdings nur die Gebäudeumgebung ohne Liegeflächen, Sportrasenflächen usw. sowie Schulanlagen welche auch Sportanlagen beinhalten.	+1 TZ

In Ausnahmefällen, wo es die Verursachergerechtigkeit verlangt, können weitere Nutzungskorrekturen angewendet werden.

#### Art. 8 Förderung privater Anlagen

- 1 Gemäss Art. 38 Abs. 4 kann die Gemeinde Anlagen mit einer finanziellen Unterstützung fördern, welche nach der Entrichtung der Anschlussgebühr aus eigener Initiative erstellt werden und nachweislich die Belastung der öffentlichen Abwasseranlagen mindern.
- 2 Ein finanzieller Beitrag kann beim Gemeinderat für folgende Anlagen beantragt werden: Retentionsanlagen (Teich, Grube), Versickerungsanlage, Brauchwasseranlage (im Boden fest installierter Tank mit Retentionsvolumen und gedrosseltem Abfluss)
- 3 Die Anlagen haben eine Kapazität auszuweisen, welche den Eigenleistungen gemäss Art. 7 Abs. 2 dieser Verordnung entspricht.

# Art. 9 Einleitung von stetig anfallendem Reinabwasser

- 1 Für das Einleiten von stetig anfallendem Reinabwasser auf einem Grundstück (Brunnen, Überlauf einer privaten Quelle usw.) wird gemäss Art. 43 Abs. 11 eine Sondergebühr erhoben.
- 2 Für die Einleitung von mehr als 2 Liter / Minute wird ein jährliche Gebühr von **CHF 300.-** geschuldet.
- 3 Bei einer nachweislich geringeren Einleitung, wird die Gebühr anteilsmässig berechnet.

# Art. 10 Strassenparzellen

- 1 Die an die öffentliche Kanalisation angeschlossenen Strassenparzellen sind grundsätzlich gebührenpflichtig.
- 2 **Anschlussgebühr:** Für alle Strassenparzellen (Kantons-, Gemeinde-, Privatstrassen usw.), welche an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden, ist die Anschlussgebühr geschuldet.
- 3 **Betriebsgebühr:** Für die Entwässerung der Kantons- und Gemeindestrassen ist die jährlich wiederkehrende Betriebsgebühr geschuldet.

Für ausparzellierte Privatstrassen werden aufgrund des unverhältnismässigen Aufwandes für die Verteilung der Gebühren (Perimeter usw.) und den unterschiedlichen Gegebenheiten (Art der Entwässerung, Parzellierung usw.) vorerst keine Gebühren erhoben.
Sind Privatstrassen nicht ausparzelliert, werden diese beim betroffenen Grundstück als nicht versiegelte Fläche eingerechnet.

4 Bei Grundstücken, welche in die Tarifzone 10 (Grundeinteilung) eingeteilt werden (Strassen, Wege, Plätze), wird für die Gebührenerhebung nur die effektiv versiegelte und angeschlossene Fläche als gebührenpflichtige Fläche herangezogen.

#### Art. 11 Zukauf von Grundstücksflächen

- 1 Wird bei einem bereits angeschlossenen Grundstück durch eine neue Parzellierung Fläche hinzu geführt, ist die zusätzliche Fläche in die aktualisierte Tarifzone mit einer Anschlussgebühr einzukaufen. Dabei wird die bisherige Einteilung der zugekauften Fläche mitberücksichtigt.
- 2 Diese Anschlussgebühr wird fällig mit der neuen Parzellierung (aktueller Gebührensatz), oder wahlweise, falls im aktuellen Zeitpunkt keine bauliche Veränderung realisiert wird, mit der nächsten Baubewilligung (mit dem im betreffenden Zeitpunkt evtl. erhöhten Gebührensatz).

# Art. 12 Gebührenpflichtige Fläche für Ausnahmefälle

- 1 Bei sehr grossen Grundstücken mit einem verhältnismässig tiefen Versiegelungsgrad wird gemäss Art. 45 des Reglements nicht die Grundbuchfläche, sondern eine fiktiv parzellierte Fläche gebührenpflichtig. Diese Fläche beträgt mindestens 600 m².
- 2 Diese Massnahme betrifft in der Regel nur Grundstücke ab 2'000 m² und einem sehr kleinen Versiegelungsgrad sowie die Grundstücke in der Landwirtschaftszone. Sie ist als Ausnahmeregelung zur Wahrung der Verhältnismässigkeit zu betrachten.
- 3 Für die rechnerische Ermittlung der gebührenpflichtigen Fläche werden alle befestigten Flächen als versiegelt bewertet. Von dieser Regelung sind Gewerbe- und Industriebetriebe mit grossen, nicht angeschlossenen befestigten Umgebungsflächen und die Grundstücke in der Landwirtschaftszone ausgenommen.
- 4 Grosse, industriell bzw. gewerblich oder landwirtschaftlich genutzte Grundstücke, welche unterschiedliche Nutzungsarten umfassen, können in mehrere Teilgrundstücke aufgeteilt werden.
- 5 Teilflächen eines Grundstücks, welche im Zonenplan als Wald oder Gewässer bezeichnet sind, werden nicht als gebührenpflichtige Flächen betrachtet.

# Art. 13 Anschlussgebühren für mitprofitierende Flächen

- 1 Gemäss Art. 41 Abs. 5 SER kann von einem Grundstück oder Teilgrundstück mit mitprofitierenden Flächen bei einer baulichen Veränderung eine Anschlussgebühr fällig werden. Als mitprofitierend gelten Flächen und Bauten, von welchen Abwasser in die öffentlichen Anlagen gelangen, von denen jedoch nach früheren Berechnungs-Systemen keine Anschlussgebühren erhoben wurden. Diese Flächen wurden für die Erhebung der Betriebsgebühren einer Tarifzone zugeteilt.
- 2 Anschlussgebühren bei mitprofitierenden Flächen werden erhoben, wenn bei einem Grundstück mit einer Grundbuch-Fläche ab 1'000 m² ein Neu- oder Anbau von mehr als 40 m² Grundfläche erstellt wird, welcher weder zu einer Tarifzonenveränderung noch zu einer Vergrösserung der gebührenpflichtigen Fläche führt.
- 3 Bei Grundstücken, von welchen bereits Anschlussgebühren aufgrund des Tarifzonensystems erhoben wurden, wird basierend auf mitprofitierenden Flächen keine Anschlussgebühr erhoben.

# Art. 14 Regenwasserentsorgung ausserhalb Siedlungsgebiet

1 Für Grundstücke welche über keinen Schmutz- und keinen Regenwasseranschluss an eine öffentliche Kanalisation verfügen und welche nicht im Sinne des SER Art. 43 Abs. 5 als mitprofitierende Fläche zu betrachten sind, entfällt die Gebührenpflicht.

- 2 Grundstücke ausserhalb des Siedlungsgebietes (Landwirtschaftliche Betriebe usw.) von welchen lediglich Regenwasser in eine öffentliche Kanalisation eingeleitet wird, werden für die Grundeinteilung in die Tarifzone 2 eingeteilt.
- 3 Für die im Abs. 2 betroffenen Grundstücke wird eine fiktive Parzellengrösse herangezogen, welche der Summe der angeschlossenen Flächen entspricht. Jedoch mindestens 600 m².
- 4 Als öffentliche Kanalisation gelten neben der gemeindeeigenen Schmutz- Regen- und Mischwasserleitungen auch die Strassenentwässerungsleitungen von Gemeinde- und Kantonsstrassen.

# Art. 15 Übernahme des Unterhalts privater Sammelleitungen

- 1 Gestützt auf Art. 21 SER übernimmt die Gemeinde die privaten Sammelleitungen in den betrieblichen (Wartungsarbeiten und Kontrollen) und den baulichen Unterhalt (Reparatur, Renovierung, Erneuerung) und finanziert die dafür entstehenden Kosten über Gebühreneinnahmen. Vorbehalten bleibt die Erfüllung der nachfolgenden Voraussetzungen:
- 2 In den Unterhalt übernommen werden private Leitungen, welche mindestens zwei voneinander unabhängige Grundstücke erschliessen und damit der Y-Regel unterstehen bis und mit Vereinigungsschacht. Nicht übernommen werden die Anschlussleitungen vom Gebäude bis zum ersten Vereinigungsschacht.
- 3 Den Zeitpunkt für die Ausführung von Unterhaltsmassnahme bestimmt die Gemeinde selber.
- 4 Über die Übernahme von zentralen privaten Retentionsanlagen in den betrieblichen und/oder baulichen Unterhalt der Gemeinde entscheidet die Gemeinde unter Berücksichtigung der öffentlichen Interessen. Private Pumpwerke und Druckleitungen werden nicht übernommen.
- 5 Leitungen, welche zwei zusammengehörende Grundstücke erschliessen (beispielsweise Gewerbe auf mehreren Liegenschaften usw.) werden wie eine Hausanschlussleitung zu einem einzelnen Grundstück beurteilt und folglich nicht in den Unterhalt übernommen. Das gleiche gilt für Leitungen, welche Grundstücke mit Stockwerkeigentum erschliessen.
- 6 Entwässerungsleitungen von Güterstrassen, Sickerleitungen, eingedeckte Gewässer und Drainageleitungen werden nicht übernommen.
- 7 Leitungen, welche Grundstücke ausserhalb des Siedlungsgebiets erschliessen, sowie Leitungen welche grossmehrheitlich der Strassenentwässerung dienen, werden in der Regel nicht übernommen. Der Gemeinderat kann, unter Berücksichtigung der öffentlichen Interessen von diesem Grundsatz abweichen.
- 8 Grundsätzlich werden beim Unterhalt von privat erstellten Sammelleitungen durch die Gemeinde keine Mehrkosten getragen, welche über das übliche Mass hinausgehen. Diese sind beispielsweise die Behebung von optischen Mängeln infolge der Sanierungsarbeiten, die Erneuerung von Plätzen, der Ersatz von Pflanzen, die Erneuerung von Gartenanlagen und Treppen usw.
- 9 Bei Leitungen mit bestehenden, konstruktiven oder technischen M\u00e4ngeln (beispielsweise falsche Wahl der Leitungsstatik, Verlegung unter Bauten oder nahe an Bauten, Kontergef\u00e4lle, zu kleine oder fehlende Sanierungssch\u00e4chte, zu geringe Leitungsquerschnitte, zu geringe Verlegungstiefe) aussergew\u00f6hnlichen Lasten (beispielsweise erschwerter Zugang) oder bei absehbaren Mehrkosten gem\u00e4ss Abs. 8, kann die Gemeinde vor oder bei vorerst unerkannten M\u00e4ngeln auch w\u00e4hrend den Unterhaltsarbeiten mit den Eigent\u00fcmern der privaten Anlagen eine schriftliche Vereinbarung gem\u00e4ss Abs. 10 abschliessen oder vom Unterhalt zur\u00fccktreten.

- 10 In der schriftlichen Vereinbarung gemäss Abs. 9 können folgende Sachverhalte geregelt werden:
  - a) das Zivilrechtliche Eigentum;
  - b) das Recht auf Eintragung einer Dienstbarkeit (Leitungsbaurecht);
  - c) die Regelung einer allfälligen Leitungsverlegung;
  - d) das Zutrittsrecht auf das Grundstück;
  - e) die Tragung von allfällig entstehenden Mehrkosten oder die vorherige Behebung von konstruktiven oder technischen Mängeln durch die Privaten.
  - f) den Zeitpunkt für die Behebung von Mängeln.

Kommt keine Vereinbarung zustande, kann die Gemeinde vom Unterhalt des betroffenen Leitungsabschnitts zurücktreten.

- 11 Neue Baugebiete werden grundsätzlich von den interessierten Privaten erschlossen.
- 12 Für die Erstellung und allfällige Leitungsverlegungen sind die privaten Eigentümer zuständig und kostenpflichtig, auch dann, wenn die Gemeinde eine Leitung in den Unterhalt übernommen hat bzw. voraussichtlich übernehmen wird.
- 13 Wo Private innerhalb der letzten fünf Jahre ab dem Inkrafttreten des Siedlungsentwässerungsreglements auf eigene Kosten Unterhaltsinvestitionen von über CHF 3'000.- an privaten Y-Leitungen vorgenommen haben, erstattet die Gemeinde diese Kosten oder Teile davon wie folgt zurück:

Fertigstellungszeitpunkt der Sanierungsarbeiten innerhalb folgender Zeiträume

Fertigstellung der Sanierungsarbeiten	Rückerstattung	
1 Jahr vor Inkrafttreten des SER	100 %	
2 Jahre vor Inkrafttreten des SER	80 %	
3 Jahre vor Inkrafttreten des SER	60 %	
4 Jahre vor Inkrafttreten des SER	40 %	
5 Jahre vor Inkrafttreten des SER	20 %	
6 Jahre vor Inkrafttreten des SER oder früher	0 %	

Voraussetzung für eine Rückerstattung ist die Erfüllung der vorgenannten Bedingungen sowie die schriftliche Beantragung einer Rückerstattung bei der Gemeindeverwaltung innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Siedlungsentwässerungsreglements. Der Gemeinderat entscheidet über die Anträge.

#### Art. 16 Starkverschmutzer / Grosseinleiter

- 1 Gestützt auf Art. 43 Abs. 8 SER, wird für Gewerbe- und Industriebetriebe, welche im Kostenverteiler der ARA Hochdorf aufgeführt sind, ein Zuschlag erhoben, damit die von ihnen verursachten zusätzlichen Kosten verursachergerecht gedeckt werden. Dieser Zuschlag richtet sich nach dem Betriebskostenverteiler der ARA Hochdorf.
- 2 Der gemäss Kostenverteiler verursachte Anteil an den laufenden Betriebskosten der ARA Hochdorf wird durch den Gewerbe- oder Industriebetrieb gemäss Abs. 1 selber getragen.
- 3 Zusätzlich hat der betroffene Betrieb Betriebsgebühren gemäss Art. 43 und 44 SER zu entrichten. Dabei werden die Gebührenansätze gemäss Art. 4 dieser Verordnung um den Kostenanteil der ARA Hochdorf gemäss Abs. 2 reduziert.
- 4 Für die Betriebsgebührenerhebung bei Industriebetrieben mit ausserordentlich hohem Wasserverbrauch, hat der Gemeinderat gemäss Art. 43 Abs. 9 SER eine vertragliche Vereinbarung abgeschlossen. Die jährliche Betriebsgebühr setzt sich aus zwei Komponenten zusammen:
  - a) Direkte Tragung des eigenen Anteils an den in der Erfolgsrechnung der Funktion Kläranlage (Spezialfinanzierung) ausgewiesenen Kosten. Der Anteil wird aufgrund des Kostenverteilers, in welchem die Abwassermenge und die Schmutzstofffracht mitberücksichtigt sind, festgelegt.
  - b) Entrichtung der Grundgebühren gemäss Art. 44 SER für die angeschlossenen Grundstücke.

# Art. 17 Übergangsbestimmungen

- Die Betriebsgebühr wird erstmals im Frühjahr / Herbst 2025 basierend auf der vorliegenden Vollzugsverordnung in Rechnung gestellt. Für die Rechnungsstellung der Betriebsgebühren im Frühjahr / Herbst 2024 gelten die bisherigen Regelungen.
- Die Anschlussgebühr wird ab dem 1. Januar 2020 gemäss der vorliegenden Vollzugsverordnung erhoben. Stichtag ist der Tag der Baubewilligungserteilung. Vor diesem Datum erteilte Baubewilligungen werden nach der alten Vollzugsverordnung beurteilt.

# Art. 18 Inkrafttreten

- 1 Die Vollzugsverordnung tritt mit dem Entscheid des Gemeinderates auf den 1. Januar 2020 in Kraft.
- Mit dem Inkrafttreten dieser Vollzugsverordnung wird wird die Vollzugsverordnung vom 13. März 2014 unter Vorbehalt von Art. 17 aufgehoben. Sämtliche widersprechenden Erlasse sind auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens aufgehoben.

Hochdorf, 17. November 2019

#### **Gemeinderat Hochdorf**

Gemeindepräsidentin Lea Bischof-Meier Gemeindeschreiber Thomas Bühlmann

# Tabelle der Änderungen in der Vollzugsverordnung zum Siedlungsentwässerungsreglement vom 17.11.2019

Nr.	In Kraft seit	Artikel	Art der Änderung	alter Text	Ände- rungs- datum
1	01.01.2024	Art. 4 Abs. 1	Anpassung Absatz (Tariferhöhung)	Grundgebühr: Diese beträgt CHF 0.13 Mengengebühr: Diese beträgt CHF 2.30	31.08.2023
2	01.01.2024	Art. 15 Abs. 4	Anpassung Absatz (Private Druckleitungen wer- den nicht in den Unterhalt übernommen)	[] Private Pumpwerke werden nicht übernommen.	31.08.2023
3	01.01.2024	Art. 17	Streichung des bisherigen Artikels (Wegfall isolierte Kostenab- grenzung Industriezone IV)	Art. 17 Isolierte Kostenabgrenzung in Industriezone IV  Gemäss Art. 43 Abs. 10 SER wird für die industriell und gewerblich genutzten Grundstücke in der Industriezone IV («Sonnhof»; «A de Ron»; «Südi»; «Ziegeleihof») aufgrund einer isolier-ten Kostenabgrenzung eine Reduktion auf die Betriebsgebühren von 20% gewährt.	31.08.2023
4	01.01.2024	Art. 17 - 18	Neue Nummerierung	Art. 18 - 19	31.08.2023
5	01.01.2024	Art. 17 Abs. 1	Anpassung Absatz (Übergangsbestimmungen für Tariferhöhung)	Die Betriebsgebühr wird erstmals im Frühjahr 2021 basierend auf der vor- liegenden Vollzugsverordnung in Rechnung gestellt.	31.08.2023

Hochdorf, 23. November 2023

# **Gemeinderat Hochdorf**

Gemeindepräsidentin Lea Bischof-Meier

Gemeindeschreiber Thomas Bühlmann